

Ombudsstelle SRG.D

Dr. Esther Girsberger, Co-Leitung
Dr. Urs Hofmann, Co-Leitung
c/o SRG Deutschschweiz
Fernsehstrasse 1-4
8052 Zürich

Zürich, 24. März 2026

Dossier Nr. 12199, «Echo der Zeit» vom 6. Februar 2026 – «Tiefe Steuern und hohe Mieten nun auch im Kanton Schwyz»

Sehr geehrter Herr XY

Wir nehmen Bezug auf Ihr Mail vom 12. Februar 2026, worin Sie obige Sendung wie folgt beanstanden:

«Hiermit reiche ich fristgerecht eine Beanstandung gemäss Art. 92 RTVG gegen den Beitrag «Tiefe Steuern und hohe Mieten nun auch im Kanton Schwyz» in der Sendung Echo der Zeit vom 6. Februar 2026 ein.

Die Beanstandung betrifft aus meiner Sicht Verstösse gegen das Sachgerechtigkeitsgebot (Art. 4 Abs. 2 RTVG) sowie gegen das Vielfaltsgebot (Art. 4 Abs. 4 RTVG). Die ausführliche Begründung entnehmen Sie bitte dem beigefügten Schreiben.

Die Einreichung erfolgt bewusst per E-Mail, da das Webformular aus meiner Sicht für eine differenzierte und umfassende Begründung nicht ausreichend ist. Für Ihre sorgfältige Prüfung und Ihre wichtige Arbeit im Sinne einer sachlichen, ausgewogenen und fairen Berichterstattung danke ich Ihnen herzlich. Ich bitte um eine Bestätigung des Eingangs und stehe für Rückfragen gerne zur Verfügung.

Im Weiteren wird auf Ihre im Anhang beigefügte schriftliche Eingabe vom selben Tag verwiesen.»

Die **Redaktion** nimmt wie folgt Stellung:

Der Beitrag behandelt, wie in der Anmoderation gesagt wird, den Zusammenhang zwischen tiefen Steuern und hohen Mieten. Im Kanton Schwyz wurde der Steuerfuss Ende letzten Jahres erneut gesenkt, die Mieten sind in den letzten 5 Jahren um 30 Prozent gestiegen. Die Mietpreise sind nach Zug und Zürich die höchsten in der Schweiz. Im Beitrag kommt als politische Stimme tatsächlich nur die SP zu Wort, welche sich gegen Steuersenkungen ausgesprochen hat. Der SP-Fraktionschef des Kantonsrats befürchtet, dass Schwyz ein zweites Zug werden könnte. Also ein Kanton, aus welchem Einheimische wegziehen müssen, weil sie die Mieten nicht mehr bezahlen können. Ausführlich zu Wort kommt der Immobilienexperte, Prof. Donato Scognamiglio von der Universität Bern. Er ist für die EVP im Kantonsrat Zürich. (Er wird aber nicht als Politiker, sondern als Experte befragt.) Er bestätigt den Zusammenhang zwischen tiefen Steuern und hohen Mieten: «Wenn sie wirklich die Immobilienpreise in den Himmel treiben wollen, dann müssen sie das Steuerparadies ausrufen. Die empirischen Zahlen, die liegen vor, man weiss das, der Steuerfuss ist ein hoch signifikanter, messbarer Faktor. Weil der Boden attraktiver ist, weil man eben Steuern sparen kann.» Jedoch können nur Leute mit sehr hohem Einkommen Steuern sparen. Für Normalverdienende seien Steuersenkungen weniger attraktiv, so Scognamiglio: «Die meisten Leute werden das, was sie an Steuern sparen, früher oder später in Form von Mieten bezahlen.» Dieser Effekt könne nur durch mehr neue Wohnungen ausgeglichen werden, jedoch sei die Gesellschaft wachstumsmüde und bremse den Wohnungsbau. Der Beitrag löst ein, was er am Anfang verspricht: Er zeigt den Zusammenhang zwischen sinkenden Steuern und steigenden Mieten auf. Diese Wirkung ist wissenschaftlich erwiesen und wird durch den Experten aufgezeigt. Es handelt sich nicht um eine politische Meinung, sondern tiefe Steuern sind ein «hoch signifikanter Faktor» für hohe Mieten. Um diesen Sachverhalt aufzuzeigen, braucht es dementsprechend keine Pro- und Contra-Stimmen. Diese beiden Stimmen wären notwendig gewesen, wenn es im Beitrag um einen Entscheid gegangen wäre, ob Schwyz die Steuern senken soll oder nicht. Da dieser Entscheid jedoch gefallen ist, kann auf dieses Pro- und Contra verzichtet werden. Der SP-Vertreter äussert die Befürchtung, die Mietpreise könnten durch die sinkenden Steuern steigen, was der Experte so bestätigt hat. Denn dieser Effekt ist auch in anderen Kantonen mit derselben Politik messbar.

Es ist unbestritten, dass auch andere Faktoren zu höheren Mieten führen, jedoch kann in einem Beitrag von wenigen Minuten nur ein Aspekt beleuchtet werden, und nicht die ganze Palette von Faktoren aufgezählt werden, welche zu hohen Mieten führen. Insbesondere ist es legitim, wenn es sich um einen massgeblichen Faktor handelt.

Die **Ombudsstelle** hat den Beitrag angehört und hält abschliessend fest:

Art. 4 Abs. 2 RTVG verlangt, dass sich das Publikum durch die in einem Beitrag vermittelten Fakten und Meinungen ein möglichst zuverlässiges Bild über ein Thema machen kann und damit in die Lage versetzt wird, sich eine eigene Meinung zu bilden. Fakten müssen objektiv und richtig vermittelt werden, subjektive Ansichten und Meinungen müssen für das Publikum als solche erkennbar und transparent sein. Das Gebot der Sachgerechtigkeit verlangt aber

nicht, dass in einem einzelnen Beitrag alle Standpunkte dargestellt werden. «Sachgerecht» darf also nicht mit «ausgewogen» gleichgesetzt werden. Das Sachgerechtigkeitsgebot erfordert für die einzelne Sendung keine Ausgewogenheit im Sinne einer möglichst gleichwertigen Darstellung aller Standpunkte. Ein Thema kann aus einem bestimmten Blickwinkel beleuchtet werden, wenn dies in transparenter Weise geschieht und die Sendung insgesamt nicht manipulativ wirkt.

Im Online-Beitrag folgt auf den Obertitel «Tiefsteuerpolitik», dem Haupttitel «Zugereisierung» im Kanton Schwyz befürchtet» der Vorspann «Ein Immobilienexperte der Universität Bern erklärt den Zusammenhang zwischen tiefen Steuern und hohen Mieten». Es wird also in Aussicht gestellt, dass ein Fachmann den Zusammenhang zwischen tiefen Steuern und hohen Mieten erklärt und es sich nicht um ein politisch umstrittenes Thema handelt. Ein Online-Beitrag, der einen Audio-Beitrag wiedergibt bzw. ausführt, ist als gesonderter Beitrag zu behandeln.

Der Beanstander kritisiert aber explizit den «Echo der Zeit»-Beitrag und damit diesen als eigenständige Publikation. Dieser beginnt ganz anders als der Online-Beitrag. Es wird nach einer allgemeinen Einleitung gesagt, dass auch im Kanton Schwyz die Steuern gesunken, aber gleichzeitig die Mieten gestiegen seien. «Über den Zusammenhang von tiefen Steuern und hohen Mieten – Zentralschweiz Korrespondent Markus Föhn» heisst es danach. Nach einer allgemeinen Umschreibung der gestiegenen Mieten im Kanton Schwyz und der kurzen Beschreibung der «Zugereisierung», wonach immer mehr Einheimische wegziehen müssten, weil sie sich keine Wohnung mehr leisten könnten, kommt der Schwyzer SP-Fraktionspräsident Jonathan Prelicz zu Wort. Die Kinder eines Freundes seien ins Erwachsenenalter gekommen und fänden keine Wohnung innerhalb der Gemeinde, die sie sich leisten können. Betroffen seien zudem, so die Off-Stimme, vor allem Familien, die aufgrund des Nachwuchses vergeblich eine grössere und bezahlbare Wohnung suchten. Das gehe, so der SP-Politiker, auf gut betuchte Privatpersonen und Unternehmen zurück, die sich aufgrund der tiefen Steuern im Kanton Schwyz niederliessen. Schwyz hat Ende 2022 trotz des Widerstands der SP die Steuern nochmals gesenkt. «Wenn man viele Leute mit viel Geld in den Kanton lockt, die mehr Miete bezahlen, dann steigen die Mieten», sagt Prelicz. Danach kommt für den Rest des Beitrags Donato Scognamiglio, der nur als Immobilienexperte und Professor für Immobilienwirtschaft an der Universität Bern vorgestellt wird, zu Wort. Verschwiegen wird, dass Scognamiglio auch Politiker ist, wenngleich im Kantonsrat des Kantons Zürich und Mitglied der EVP.

Wäre er nicht nur als Immobilienexperte, sondern auch als Politiker genannt worden – die Zuhörenden hätten nicht nur dem Fachexperten zugehört, sondern auch dem Politiker. So aber kommt nur der Wissenschaftler zu Wort und geht das Publikum aufgrund seiner ausführlichen Erklärung zum Phänomen «tiefe Steuern – hohe Mieten» davon aus, dass tiefe Steuern aus wissenschaftlicher Sicht unbestrittenermassen der Haupttreiber der steigenden Mieten seien. Zwar erwähnt der Experte im Beitrag, nur mehr Wohnungsbau könne den Effekt ausgleichen – weitere Kausalfaktoren werden allerdings höchstens ansatzweise genannt. Die Auswirkungen der Steuerpolitik auf die Mieten sind aber sowohl in der Wissenschaft, vor allem aber in der Politik umstritten.

Indem die politische Dimension nach Prelicz unerwähnt bleibt und mit Donato Scognamiglio ein Wissenschaftler zu Wort kommt, dessen politische Tätigkeit und Verortung nicht erwähnt wird, wird die Meinungsbildung verfälscht.

Nach Auffassung der Ombudsstelle wurde dadurch das Sachgerechtigkeitsgebot gemäss Art. 4 Abs. 2 des Radio- und Fernsehgesetzes verletzt

Nicht verletzt wurde das Vielfaltsgebot gemäss Art. 4 Abs. 4 RTVG. Dieses Gebot gilt primär für die Gesamtheit des Programmangebots und bezieht sich nicht auf den einzelnen Beitrag.

Wir danken Ihnen für Ihr Interesse am öffentlichen Sender und hoffen, dass Sie diesem trotz Ihrer Kritik treu bleiben.

Sollten Sie in Erwägung ziehen, den rechtlichen Weg zu beschreiten und an die Unabhängige Beschwerdeinstanz für Radio und Fernsehen (UBI) zu gelangen, lassen wir Ihnen im Anhang die Rechtsmittelbelehrung zukommen.

Mit freundlichen Grüssen

Ombudsstelle SRG Deutschschweiz

Beanstandung: SRF-«Echo der Zeit» vom 06.02.2026 – Beitrag «Tiefe Steuern und hohe Mieten nun auch im Kanton Schwyz»¹

Sehr geehrte Frau Girsberger,

Sehr geehrter Herr Hofmann,

Hiermit beanstande ich den oben genannten Beitrag wegen Verstössen gegen das Sachgerechtigkeitsgebot (Art. 4 Abs. 2 RTVG) sowie gegen das Vielfaltsgebot (Art. 4 Abs. 4 RTVG).

Informationssendungen haben Tatsachen sachgerecht darzustellen und unterschiedliche relevante Sichtweisen angemessen zu berücksichtigen, damit sich das Publikum eine eigene Meinung bilden kann. Der beanstandete Beitrag genügt diesen Anforderungen nicht. Er zeichnet ein einseitiges, verkürztes Bild der Ursachen steigender Mieten im Kanton Schwyz, **indem er niedrige Steuern einseitig als Hauptursache darstellt**, alternative Erklärungsansätze ausblendet und auf Gegenpositionen verzichtet.

Die 20-tägige Frist für eine Beanstandung an die Ombudsstelle ist mit dieser Eingabe eingehalten.

Fehlende politische Ausgewogenheit

Im Beitrag kommt ausschliesslich ein politischer Akteur aus dem linken Spektrum zu Wort (SP-Fraktionschef Jonathan Prelicz). Vertreter bürgerlicher Parteien oder der Exekutive, welche die Steuerpolitik des Kantons Schwyz vertreten oder alternative Erklärungen für die Mietentwicklung liefern könnten, fehlen vollständig.

Gerade bei politisch kontroversen Fragen ist eine pluralistische Darstellung unerlässlich. Die im Beitrag vertretene These – Schwyz sei aufgrund tiefer Steuern «auf dem besten Weg, ein zweites Zug zu werden» – bleibt unwidersprochen im Raum stehen. Eine Gegenposition wird dem Publikum nicht angeboten. Damit wird der Anspruch auf Ausgewogenheit und Meinungsvielfalt verletzt.

Ausblendung alternativer Ursachen – wesentliche Faktoren ignoriert

Ein derart multidimensionales Problem wie die steigenden Wohnkosten kann nicht auf eine einzige, stark vereinfachte Ursache zurückgeführt werden. Schwyz ist dabei kein Sonderfall, sondern Teil eines schweizweiten Trends: Der Druck auf den Wohnungsmarkt nimmt in vielen Regionen zu, weil die Schweiz seit Jahren stark wächst. In unserer Beanstandung zeigen wir: Der Kanton Schwyz wächst im Vergleich

¹ SRF Schweizer Radio und Fernsehen, *Tiefe Steuern und hohe Mieten – nun auch im Kanton Schwyz* (2026) [Audio], Echo der Zeit, <https://www.srf.ch/audio/echo-der-zeit/tiefe-steuern-und-hohen-mieten-nun-auch-im-kanton-schwyz?partId=TGrLlnoSHMQzVZJpSXv7O9kdZpc>

zur Gesamtschweiz überdurchschnittlich, baut aber ebenfalls überdurchschnittlich viel – im Schnitt rund 900 neue Wohnungen pro Jahr. Dennoch liegt die Leerwohnungsziffer seit Jahren konstant unter dem Schweizer Durchschnitt. Je tiefer die Leerwohnungsziffer, desto knapper ist das verfügbare Angebot – die logische Folge sind steigende Mieten und Immobilienpreise. Und das seit Jahren, nicht erst seit den letztjährigen Steuerfussenkungen.

Hinzu kommt: Schwyz ist seit Langem attraktiv – aufgrund seiner geografischen Lage, der Nähe zum Wirtschaftsraum Zürich, der hochwertigen Naherholungsgebiete und einer freiheitlichen Kultur. Tiefe Steuern sind ein Faktor, erklären jedoch nicht, weshalb der Druck auf den Wohnungsmarkt schweizweit zunimmt. Wer die Debatte seriös führen will, muss beim Haupttreiber ansetzen: starkes Bevölkerungswachstum bei gleichzeitig begrenztem Angebot.

Der beanstandete SRF-Beitrag stellt jedoch einen monokausalen Zusammenhang her: tiefe Steuern führen zu hohen Mieten. Andere zentrale Einflussfaktoren auf den Wohnungsmarkt werden vollständig ausgeblendet.

Im Folgenden werden bewusst die nur die Hauptfaktoren verwendet. Die im beanstandeten Beitrag mindestens hätten berücksichtigt werden müssen, um die stark steigenden Mieten und Immobilienpreise im Kanton Schwyz sachgerecht einzuordnen:

1.Überdurchschnittliches Bevölkerungswachstum und angespannter Wohnungsmarkt:

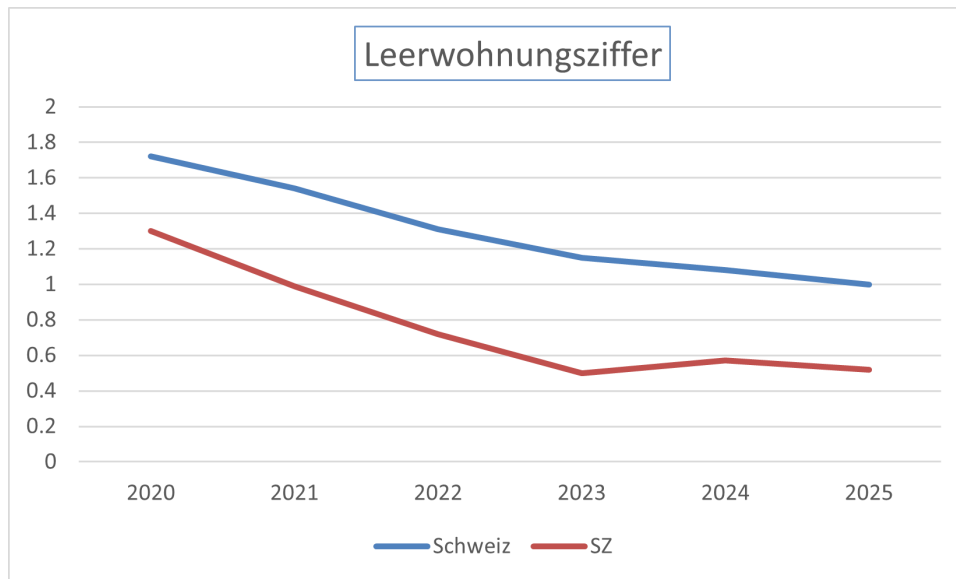
Die Bevölkerung des Kantons Schwyz ist in den letzten Jahren stark gewachsen (vgl. Tabelle 1). Zwar wurde gleichzeitig eine vergleichsweise hohe Bautätigkeit verzeichnet (rund 900 neue Wohnungen pro Jahr in den letzten fünf Jahren), entscheidend ist jedoch das Verhältnis von Angebot und zusätzlicher Nachfrage. Tab. 1 zeigt, dass dieses Problem nicht nur im Kanton SZ der Fall ist, sondern in der gesamten Schweiz. Dies zeigt, dass dieses Problem nicht alleine auf Tiefsteuerepolitik zurückgeführt werden kann, sondern schweizweit im gleichen Masse auftritt. Der Faktor Bevölkerungswachstum in der Schweiz blieb aber komplett unbeachtet.

Trotz dieser Bautätigkeit liegt die Leerwohnungsziffer seit Jahren konstant unter dem schweizerischen Durchschnitt (vgl. Tabelle 2). Dies weist auf einen strukturellen Nachfrageüberhang hin: Das Wohnungsangebot reicht nicht aus, um das starke Bevölkerungswachstum zu absorbieren.

Tabelle 1 Bevölkerungswachstum Schwyz

	Bevölkerung CH (01.01.)	Bevölkerung SZ (01.01.)	Wohnungen CH	Wohnungen SZ
2014	8 139 631	151 396	4 289 428	74 392
2024	8 962 258	167 403	4 840 096	84 292
Wachstum absolut	822 627	16 007	550 668	9 900
Wachstum in %	10.1	10.6	12.8	13.3

Anmerkung. Eigene Berechnung auf Grundlage von Daten des Bundesamts für Statistik, übernommen aus *Wohnungsbestand nach Bauperiode, Gebäudeart und Kanton*² sowie *Bevölkerungsentwicklung nach Kanton*³.

Tabelle 2 Leerwohnungsziffer Schweiz und Kanton Schwyz, 2020–2025

Anmerkung. Eigene Darstellung auf Grundlage von Daten zur Leerwohnungsziffer der Schweiz und des Kantons Schwyz.

<https://www.bwo.admin.ch/de/newsb/4EOYzS4sVwTfLKxWvUEiR>

2. Zusätzlich benötigte Wohnfläche durch Bevölkerungswachstum

Die Bevölkerung ist in der Schweiz zwischen 2000 und 2023 um 23,7 % gewachsen und damit rund 18-mal schneller als in Deutschland. Dieses überdurchschnittliche Wachstum setzte insbesondere ab 2007 ein und ist hauptsächlich auf eine dauerhaft

² Bundesamt für Statistik, *Bevölkerungsentwicklung nach Kanton* (o. J.), <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/kataloge-datenbanken.assetdetail.36158228.html>.

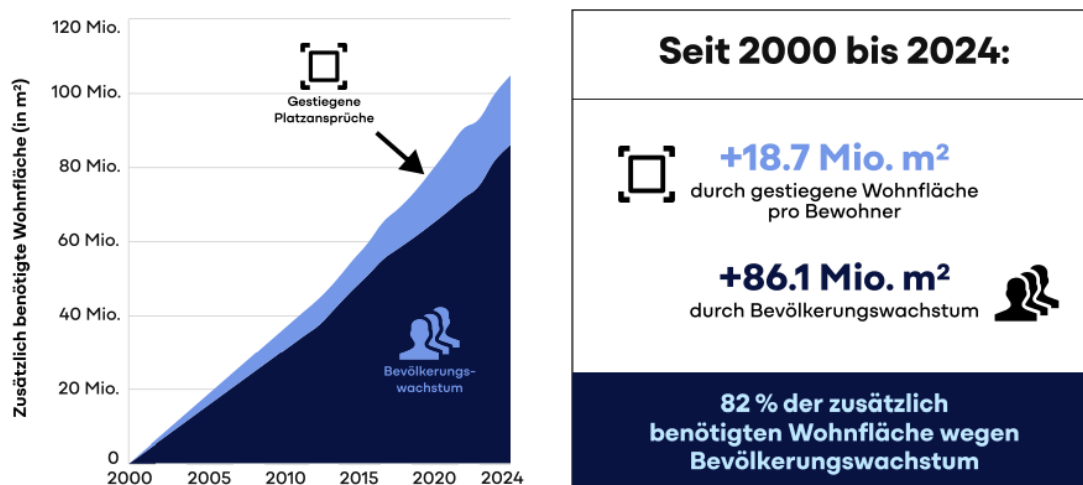
³ Bundesamt für Statistik, *Wohnungsbestand nach Bauperiode, Gebäudeart und Kanton* (o. J.), <https://www.bfs.admin.ch/bfs/rm/home.assetdetail.36073795.html>.

hohe Nettozuwanderung zurückzuführen. Im Vergleich zu den Nachbarländern (Deutschland, Frankreich, Österreich, Italien) weist die Schweiz damit eine ausserordentliche demografische Dynamik auf, die den Druck auf den Wohnungsmarkt erheblich erhöht.⁴

Seit dem Jahr 2000 wurden rechnerisch rund 104,8 Mio. m² zusätzliche Wohnfläche benötigt. Davon entfallen rund 82 % (86,1 Mio. m²) allein auf das Bevölkerungswachstum, während lediglich 18 % durch gestiegene Wohnflächenansprüche pro Person erklärt werden können. Die Analyse von Facts4Future zeigt damit klar, dass nicht veränderte Wohnpräferenzen, sondern vor allem die demografische Entwicklung der dominante Treiber des zusätzlichen Wohnflächenbedarfs ist.

Dieses stark nachfragegetriebene Wachstum wirkt sich unmittelbar auch auf den Bodenmarkt aus. Da Bauland in der Schweiz strukturell begrenzt ist und nicht beliebig ausgeweitet werden kann, führt die steigende Nachfrage infolge Bevölkerungswachstums zwangsläufig zu steigenden Bodenpreisen. Diese erhöhen die Erstellungskosten neuer Wohnungen und wirken sich langfristig auch auf die Mietpreise im Bestand aus.

Tabelle 3 Zusätzlich benötigte Wohnfläche in der Schweiz nach Ursachen, 2000–2024



Anmerkung. Übernommen aus «Zusätzlich benötigte Wohnfläche», von Facts4Future, 2024. <https://www.facts4future.ch/facts/zusatzlich-benotigte-wohnflache#fortgeschritten>

Indem SRF die Alternativursachen unterschlägt, **entsteht aber der falsche Eindruck, allein die Steuersenkung habe die Wohnungsnot ausgelöst. Dies verunmöglicht eine korrekte Einordnung durch das Publikum.**

⁴ Facts4Future, *Fact Sheet #15: Zusätzlich benötigte Wohnfläche* (2024) [PDF], [https://cdn.prod.website-files.com/67b355663aad98819c17776a/685262b43f568ecc3fcbaca8_Factsheet%20%E2%80%93%20Fact%20%2315%20\(1\).pdf](https://cdn.prod.website-files.com/67b355663aad98819c17776a/685262b43f568ecc3fcbaca8_Factsheet%20%E2%80%93%20Fact%20%2315%20(1).pdf)

Tendenziöses Framing – «Tiefe Steuern» als Problem ohne Kontext

Titel, Anmoderation und Tonalität des Beitrags stellen tiefe Steuern implizit als Problem dar. Die Steuersenkung wird als Ursache unerwünschter Entwicklungen geframt, ohne deren mögliche Vorteile oder legitime Gründe (z. B. Standortattraktivität, Wettbewerbsfähigkeit, hohe Steuermoral) zu erwähnen.

Diese negative Rahmung wirkt wertend und lässt die notwendige Kontextualisierung vermissen. Dem Publikum wird nahegelegt, tiefe Steuern seien per se problematisch und müssten «korrigiert» werden. Eine solche normative Deutung hätte – wenn überhaupt – als Kommentar gekennzeichnet werden müssen und darf nicht als faktische Einordnung erscheinen.

Experten-Einsatz ohne Gegenmeinung – fehlende Neutralität der Expertise

Als einziger externer Experte tritt Prof. Donato Scognamiglio (Universität Bern) auf. Seine Aussagen stützen die vom Beitrag vorgegebene These nahezu vollständig. Eine kritische Einordnung oder eine alternative fachliche Perspektive fehlt.

Es wäre journalistisch geboten gewesen, eine zweite Expertenmeinung einzubeziehen oder zumindest darauf hinzuweisen, dass die Fachwelt unterschiedliche Erklärungsansätze kennt. So entsteht der Eindruck, die präsentierte Sichtweise sei wissenschaftlich unumstritten – was nicht zutrifft.

Fazit

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass der SRF-Beitrag «Tiefe Steuern und hohe Mieten» den Anforderungen an eine sachgerechte und ausgewogene Berichterstattung nicht genügt. Durch die einseitige Auswahl politischer Stimmen, die Ausblendung zentraler struktureller Ursachen – insbesondere des überdurchschnittlichen Bevölkerungswachstums und der Angebotsverknappung auf dem Wohnungsmarkt – sowie durch ein wertendes Framing der Steuerpolitik wird ein monokausaler Erklärungsansatz vermittelt, der der Komplexität der Thematik nicht gerecht wird.

Damit war es dem Publikum nicht möglich, sich im Sinne von Art. 4 Abs. 2 RTVG eine eigene, auf einer vollständigen und neutralen Darstellung beruhende Meinung zu bilden. Die Berichterstattung weist zudem eine einseitige Tendenz auf, welche die Anforderungen an die Vielfalt der dargestellten Ansichten gemäss Art. 4 Abs. 4 RTVG zumindest in relevanter Weise tangiert.

Antrag

Gestützt auf die vorstehenden Ausführungen beantrage ich:

1. Festzustellen, dass der Beitrag «*Tiefe Steuern und hohe Mieten*» gegen das Sachgerechtigkeitsgebot gemäss Art. 4 Abs. 2 RTVG verstossen hat, indem zentrale Tatsachen und relevante alternative Erklärungsfaktoren ausgeblendet und dadurch ein verzerrter Ursachenzusammenhang suggeriert wurden.

2. Festzustellen, dass der Beitrag den Anforderungen an eine ausgewogene Darstellung politisch und ökonomisch kontroverser Sachverhalte nicht genügt und damit auch das Vielfaltsgebot gemäss Art. 4 Abs. 4 RTVG verletzt.
3. SRF zu empfehlen, den beanstandeten Beitrag redaktionell zu korrigieren oder zu ergänzen, namentlich durch eine nachträgliche Einordnung, welche
 - die mehrdimensionalen Ursachen steigender Wohnkosten sachgerecht darstellt,
 - den behaupteten Zusammenhang zwischen Steuerpolitik und Mietentwicklung kontextualisiert, und
 - abweichende fachliche und politische Einschätzungen sichtbar macht.
4. SRF darauf hinzuweisen, dass bei künftigen Beiträgen zu steuer- und wirtschaftspolitisch sensiblen Themen eine pluralistische Auswahl von politischen Akteuren und Fachmeinungen zwingend erforderlich ist, um die freie Meinungsbildung des Publikums nicht einseitig zu beeinflussen.

Für Ihre sorgfältige Prüfung und Ihre wichtige Arbeit im Sinne einer sachlichen, ausgewogenen und fairen Berichterstattung danken ich Ihnen herzlich.